

BGE 55 III 45

Bundesgericht (BGE), 1929-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_55_III_45

FR: ATF 55 III 45

IT: DTF 55 III 45

Volltext

Schuldbeitreibung. und Konkursrecht. N° H. beamte vorliegend mit Bezug auf die streitige Kühlanlage im Hinblick auf die Eigenartigkeit der bestehenden Verhältnisse ohne weiteres als gegeben erachten sollen. Allein, auch wenn dies nicht zutreffen und die Unterlassung des fraglichen Zugehörvermerkes infolgedessen keine Amtspflichtverletzung bedeuten würde, so müsste dennoch die erwähnte Vervollständigung vorgenommen werden. Die Rekurrentin hatte bei der Auflage des Kollokationsplanes keinen Anlass, diesen anzufechten, weil sie aus dem Umstande, dass die streitige Kühlanlage darin nicht ausdrücklich als „den Grundpfandgläubigern mitverpfändete Zugehör“ aufgeführt worden war, schliessen konnte, das Konkursamt erachte diese nicht als Zugehör, und sie nicht notwendig anzunehmen brauchte, die Unterlassung dieses Vermerkes beruhe darauf, dass es sich hier um Gegenstände handle, denen nach der am Orte üblichen Auffassung Zugehörqualität zukomme. Hierüber wurde sie erst allenfalls durch die Verteilungsliste - wenn nicht überhaupt erst durch die Beschwerdevernehmung des Konkursbeamten - orientiert. Das darf nun aber nicht dazu führen, dass die Rekurrentin infolgedessen von der Möglichkeit, die streitige Zugehörqualität anzufechten, ausgeschlossen ist. Es muss auch in solchen Fällen, gleich wie wenn eine vom Konkursbeamten verschuldete Unterlassung vorliegen würde, eine nachträgliche Vervollständigung des Kollokationsplanes vorgenommen werden. 3. - Die Vorinstanz hat in ihrem Entscheide noch ausgeführt, dass zum mindesten ein Teil der fraglichen Kühlanlage als Bestandteil der Liegenschaft erachtet werden müsse, sodass die streitigen 7193 Fr., soweit sie den Erlös für diese Bestandteile darstellen, ohnehin den Grundpfandgläubigern verhaftet seien. Auch hierüber vermag, nachdem diese Auffassung von der Rekurrentin ausdrücklich bestritten wird, einzig der Richter zu entscheiden, was aus den vorangegangenen Erwägungen ebenfalls eine bezügliche Ergänzung des Kollokationsplanes erheischt. Dass diese Frage - wie die Rekurrentin Schuldbeitreibungs- und Konkursrecht. N° I:?, 45 geltend macht - heute deshalb nicht mehr untersucht werden könne, weil nach den Steigerungsbedingungen diese Kühlanlage nicht im Liegenschaftszuschlagspreu, inbegriffen, sondern hiefür ein besonderer Betrag in Rechnung gestellt worden war, was ihre Verhaftung für die Grundpfandgläubiger ausschliesse, trifft nicht zu; denn durch eine allfällig unrichtige Behandlung der Anlage in den Steigerungsbedingungen wurde an deren Bestandteileigenschaft und Haftungsverhältnis nichts geändert. Demnach erkennt die Schuldbetr.- und Konkurskammer: Der Rekurs wird im Sinne der Motive teilweise begründet erklärt. 12. Entscheid. vom 12. Juni 1929. In Sachen i. S. N. a. g. t. e. g. a. a. l. 8 G. J. 3 r. u. g. g. e. n. w. i. r. t. h. Konkursamtliche Liquidation eines Nachlasses. Wählbarkeit als ausserordentlicher Konkursverwalter, wenn die in Frage kommende Person vorher amtlicher Liquidator und vor der amtlichen Liquidation Sachwalter des Nachlasses im Auftrag der Erben war. Art. 10 Znf. 3 SchKG. Liquidation officielle d'une Succession. Peut être désigné en qualité d'administrateur special celui qui a été liquidateur officiel et qui les héritiers soustraient tout d'abord charge

du soin da garer 180 suoession. (Art. 10 eh. 3 LP.) Liquidazione ufficia,le d'und succesBione. Ad amministratore ufficiale puo essere designato chi e stato liquidatore ufficiale e ehe gli eredi avevano incaricato della gestione della successione (art. 10 cif. 3 LEF). A. - In der konkursamtlichen Liquidation der Ver- lassenschaft des Rudolf Hauri beschloss die Gläubiger- versammlung am 2. April 1929, eine ausserordentliche Konkursverwaltung einzusetzen, und wählte als ausser- ordentlichen Konkursverwalter Notar Stirne mann , der vor Eröffnung des Nachlasskonkurses als amtlicher Liqui., dator des Nachlasses tätig gewesen war,

46 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No 12_ B. - Gegen die Wahl des Notars Stirnemann führten die Rekurrenten rechtzeitig Beschwerde mit der Begrün- dung, Stirnemann sei selbst Gläubigervertreter in diesem Konkurs und hätte sich als solcher nicht selbst die Stimme geben dürfen. Ferner sei er der Konkursmasse als frü- herer amtlicher Liquidator verantwortlich und würde infolgedessen in eigener Sache handeln, was gemäss Art. 10 Ziff. 1 SchKG nicht zulässig sei. C. - Die Beschwerde wurde von den kantonalen In- stanzen abgewiesen, von der obergerichtlichen Aufsichts kommission über die Betreibungs- und Konkursämter des Kantons Aargau mit Beschluss vom 24. Mai 1929. D. - Diesen den Parteien am 30. Mai 1929 zugestellten Entscheid zogen die Rekurrenten rechtzeitig an das Bundesgericht weiter mit dem Antrag, den Beschluss betreffend die Wahl des Notars Stirnemann aufzuheben. Die schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung: Die Rekurrenten fechten den fraglichen Beschluss nur noch an, weil Notar Stirnemann als früherer amtlicher Liquidator des Nachlasses Vertreter der Verlassenschaft i. S. von Art. 10 Ziff. 3 SchKG und der Masse gegenüber grundsätzlich verantwortlich sei. Ferner weil Stirnemann auch als Sachwalter der Verlassenschaft vor der amtlichen Liquidation gehandelt habe. Art. 10 wird in Art. 241 SchKG, wo die auf die ausser- ordentliche Konkursverwaltung anwendbaren Bestimmun- gen aufgeführt werden, nicht erwähnt. Es ist daher überhaupt fraglich, ob Art. 10 bei der Bestellung einer ausserordentlichen Konkursverwaltung zu beachten ist. Wollte man jedoch diese Frage bejahen, so wäre für die Rekurrenten noch nichts gewonnen : Die Bestimmung des Art. 10 Ziff. 3 SchKG bezieht sich nur auf die Fälle, wo die vertretene Person selbst am Verfahren in irgend einer Rolle teilnimmt, und schliesst bestimmte Personen von der Vornahme von Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. Ko l:l. 47 Amtshandlungen bezw. von der Wählbarkeit aU8 mit Rücksicht darauf, dass sich bei imlen zufolge ihrer noch bestehenden Beziehungen zu der vertretenen Person Ink- ressenkonflikte ergeben könnten. Ob diese Ausstands- pflicht nach dem Tod des Vertretenen, Vollmachtgeh sich dabei nur um eine Besorgung der laufenden Verwaltung im Auftrag der Erben gehandelt haben, da aus der An- ordnung der amtlichen und nachher der konkursamtlichell Liquidation des Nachlasses zu schliessen ist, dass die Erben das Ausschlagungsrecht nicht verwirkt haben (vgl. Art. 57l ZGB). Eine solche blosse Verwaltungstätigkeit vermag Notar Stirnemann ebenfalls noch nicht zum Ver- treter i. S. von Art. 10 SchKG zu machen. Der Wahl von Notar Stirnemanll stand daher von

48 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 13. Gesetzes wegen nichts entgegen. Ob sie nicht mit Rück- sicht darauf, dasis der Gewählte zufolge seiner frühern Tätigkeit als Verwalter und Liquidator noch zur Verant- wortung gezogen werden könnte, besser unterblieben wäre oder nicht, ist eine reine Ermessensfrage, deren Beant- wortung ausschliesslich den kanton81en Instanzen zusteht (vgl BGE 48 III S. 198). Demnach erkennt die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer : Der Rekurs wird abgewiesen. 13. A.mt du 20 jllin 1929 dans la cause Ca.pelier. Dans la poursuite pour effets de change, il

appartient à l'office aux autorités de surveillance, et non pas au juge, de constater si l'opposition a été formée en temps utile (consid. 1). Le délai d'opposition est interrompu par la décision de l'autorité de surveillance accordant un effet suspensif à la plainte en annulation du commandement de payer; le délai ne commence à courir, en pareil cas, qu'à partir du jour où la décision de suspension est rapportée (consid. 2). Über die Rechtzeitigkeit des Rechtsvorschlages zu entscheiden kommt auch in der Wechselseitigen dem Betreibungsamt und den Aufsichtsbehörden zu (Erw. 1). Die Rechtsvorschlagsfrist wird unterbrochen, wenn einer auf Aufhebung des Zahlungsbefehls abzielenden Beschwerde aufschiebende Wirkung zuerkannt wird; diesfalls beginnt die Frist erst von dem Zeitpunkt zu laufen, in welchem die Anordnung aufschiebender Wirkung wegfällt (Erw. 2). Nell'esecuzione per effetti di cambio, spetta, non al giudice, ma all'ufficio ed alle autorità di vigilanza di constatare se l'opposizione fu inoltrata tempestivamente (consid. 1). Il termine di opposizione è interrotto dalla decisione dell'autorità di vigilanza, che ha concesso effetto sospensivo. Il ricorso tendente all'annullamento del precetto; in questo caso il termine non comincia a decorrere che dal giorno il cui il decreto di sospensione è decaduto (consid. 2).

Le recourant, Capelier, a fait notifier le 22 avril 1929 à Alfonso de Birazel, à Genève, un commandement de payer dans une poursuite pour effets de change. Schuldbetreibungs- und Konkursamt; De Birazel a porté plainte le lendemain à l'Autorité cantonale de surveillance aux fins d'obtenir l'annulation de la poursuite, en alléguant en substance que Capelier n'était pas en droit d'introduire contre lui une poursuite pour effets de change. En date du 24 avril, l'Autorité de surveillance a ordonné la suspension de la poursuite. Statuant sur la plainte, par décision du 6 mai, communiquée le 10 du même mois, elle l'a déclarée mal fondée et a rapporté son ordonnance de suspension. Le 10 mai, de Birazel a formé opposition au commandement de payer du 22 avril. L'office des poursuites de Genève a transmis cette opposition au Tribunal, le 16 mai, et retourne au créancier le double du commandement de payer portant mention de l'opposition du débiteur. Capelier a porté plainte en temps utile contre ce procédé de l'office. Il prétendait que l'office ne devait point transmettre au juge l'opposition parce que celle-ci n'avait pas été formée dans les cinq jours de la notification du commandement de payer et qu'elle était donc manifestement tardive. Il soutenait que le dépôt d'une plainte n'avait pu prolonger le délai d'opposition; que l'ordonnance de suspension provisoire n'avait nullement interrompu ce délai; que s'il était dans l'intention du débiteur de faire usage des deux moyens de défense prévus par la loi, soit de la plainte et de l'opposition, il aurait dû en user simultanément dans le délai de cinq jours. Par décision du 1er juin, communiquée le 9 juin 1929, l'Autorité cantonale de surveillance a rejeté la plainte de Capelier par le motif que la suspension de la poursuite ordonnée le 24 avril avait interrompu le délai d'opposition, qui n'avait commencé à courir que du jour où l'ordonnance de suspension avait été rapportée. Elle a jugé en conséquence que l'office avait eu raison de recevoir l'opposition formée par de Birazel le 10 mai et de la transmettre au Tribunal. Dans le délai légal, Capelier a interjeté recours au